



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, UND SPANISCH

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 3
9. Jahrgang

3. Februar 1941

Hitlers "gesundes kapitalistisches System"

(ITF) In den ersten Kriegsmonaten hat die deutsche Unternehmerpresse vermieden, die Kriegsziele der wahren Herren Deutschlands zu vertreten. Offensichtlich fühlten die Unternehmer sich unsicher, sie wussten nicht, ob die Nazi-Partei ihren Einfluss auf die Wirtschaft verstärken würde oder ob der Staat den Arbeitern Konzessionen machen müsste. Doch nach einigen Monaten sahen die Unternehmer, dass Hitler Kriegsgewinne nur pro forma verboten hatte, dass mit Duldung der Nazi-Behörden hübsch verdient werden konnte. Polen wurde zunächst durch Nazi-Beamte ausgeplündert, aber mit der Plünderung und "wirtschaftlichen Durchdringung" der 1940 besetzten Staaten Nord- und Westeuropas wurden Unternehmer beauftragt. Im Verlauf dieser Entwicklung ist der politische Einfluss der deutschen Unternehmer ausserordentlich gestiegen und um die Jahreswende wagte es die grossbürgerliche Presse Deutschlands, offener durchblicken zu lassen, was Deutschlands wahre Herren von einem etwaigen Nazisieg erhoffen. Die "Frankfurter Zeitung" erwartet, dass Europa dann den deutschen Interessenten zur Plünderung ausgeliefert ist, Nazideutschlands Aussenpolitik beherrscht dann, erwartet der Chefredakteur des Blattes, "ein gesunder nationaler Erwerbssinn, wie entsprechend im innerpolitischen Leben ein gesundes kapitalistisches System"

- ein Wirtschaftssystem, dessen Nutzniesser sich auf Kosten der Unterworfenen gesund machen. Die deutschen Arbeiter und Aktionäre kennen dieses "gesunde kapitalistische System" des Nazi-Sozialismus. Die "Deutsche Bergwerkszeitung" berichtet: "Wenn man die Kurse einzelner Werte von Ende 1939 und 1940 einander gegenüberstellt", findet man: es "haben sich absolute Steigerungen bis zu mehr als 100 Punkten und Wertsteigerungen bis zu mehr als 70% ergeben". So machte Hitlers "gesundes kapitalistisches System" die Aktionäre gesund. Von der Zukunft erwarten die Aktionäre aber noch weit mehr. Die "Kölnische Zeitung" schreibt es in ihrem Jahresrückblick: "Bei den Anlegern besteht vielfach die feste Zuversicht, die deutsche Wirtschaft werde bei dem Aufbau des neuen Europa eine Entwicklung nehmen, die dem Aktionär... einen höheren Anteil am Ertrag seiner Gesellschaft sichert".

Einige Industrielle fürchten jedoch, dass vielleicht eines Tages die mittelstandsfreundliche Propaganda der Nazi-Partei wieder aufleben könnte. Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" beruhigt sie. Die Beherrschung Europas, die "Entwicklung (zur europäischen Grossraumwirtschaft) begünstigt den Grossbetrieb und Konzern zwangsläufig noch mehr. Wirtschaftsidyllen werden verschwinden".

Die Konzerne bleiben. Ihre Leiter hoffen, dass sie eines Tages in ganz Europa ihren "gesunden nationalen Erwerbssinn" so austoben können, wie heute in Polen.

(Für die Red.: "Frankfurter Zeitung", 29.XII., "Kölnische Zeitung", 29.XII., "Deutsche Allgemeine Zeitung", 31.XII.40., "Deutsche Bergwerkszeitung", 1.I.41.)

Unter dem HakenkreuzNot und Widerstand in Belgien

(ITF) Die tschechische Presse hat wiederholt über das Elend berichten müssen, das die deutsche Armee Polen brachte, denn die Tschechen sollten davon überzeugt werden, dass ihre Führer, die vor Hitler kapitulierten, klug und weise gehandelt hätten. Auch die Dänen sollen jetzt davon ü-

berzeugt werden, dass die kampflose Preisgabe ihres Landes sie vor weit Schlimmerem bewahrt habe. Daher findet man heute gelegentlich in dänischen Zeitungen Berichte über Zustände in besetzten Ländern, die der Zensor in keinem anderen Land des deutschen Machtbereichs durchgehen lässt. So veröffentlicht jetzt die "Jydske Tidende" in Kolding (am 19. Januar) in einem Brief aus Belgien: "Kürzlich war ein zehnjähriger Junge in der Schule krank; er erbrach... aber nur Kartoffelschalen. Als der Lehrer fragte, wer zum Mittag keine Kartoffeln gehabt hatte, hob die Hälfte der Jungen die Hand hoch. Bei acht von den dreissig hatte es Kartoffelschalen gegeben".

Für 1 Pfund Kartoffelschalen muss heute so viel bezahlt werden, wie vor dem Krieg für 2 Pfund Kartoffeln. In Lüttich gab es von Mitte November bis Ende Dezember fast keine Kartoffeln, in Brüssel gab es Ende Dezember pro Person jeden 2. Tag auf Karten 1 Pfund Kartoffeln. Und dabei gab es nur 225 Gramm Brot, für Teigwaren wie Maccaroni mussten Brotkarten abgegeben werden. Wer sich sattessen wollte, aber die Schleichhandelspreise nicht bezahlen konnte, musste Kartoffelschalen essen.

Die belgische Presse darf derartiges nicht berichten. Aber die erregten Auseinandersetzungen mit der stummen Opposition, die sie jetzt veröffentlicht, zeigen, dass Teile der belgischen Bevölkerung sich unter dem Druck der wachsenden Not zur Wehr setzen. So klagt das Brüsseler "Nouveau Journal": "diese unterirdische Aktion, diese Lawine von Zwischenträgern, diese irrsinnigen Gerüchte, schaffen im ganzen Lande eine abscheuliche Atmosphäre und verstärken noch die Sabotage in der Verwaltung und den passiven Widerstand".

(Für die Red.: "Jydske Tidende", 19.I.41.; "Nouveau Journal", 9.XII.40.)

Die Lohnpolitik in Holland

(ITF) Die Zollgrenzen zwischen Holland und Deutschland sind aufgehoben worden. Holland ist damit praktisch dem deutschen Zollgebiet eingegliedert. Die holländischen Preise glichen sich dem hohen deutschen Preisstand an. Die deutschen Behörden verhinderten aber, dass den Arbeitern Teuerungszulagen gezahlt wurden, denn durch Entwertung der Kaufkraft des Gulden sollten die Löhne der holländischen Arbeiter dem weit niedrigeren deutschen Lohnstand angeglichen werden. In manchen Berufen wurde die Kaufkraft der Löhne zielbewusst noch unter den deutschen Stand gesenkt, damit die Not den Widerstand der Arbeiter gegen die Verschickung nach Deutschland bricht.

Bisher wurde daher nur für Arbeiter einiger Berufe, auf deren Arbeit an ihrem alten Arbeitsplatz in Holland die deutschen Behörden Wert legen, Teuerungszulagen bewilligt. Die Arbeiter im Gartenbau erhielten eine Teuerungszulage, weil Deutschland holländisches Gemüse haben will und die kleinen Eisenbahner, Postler und Verwaltungsbeamten, deren passiven Widerstand die deutsche Verwaltung fürchtet, erhielten - soweit sie monatlich weniger als 159 Gulden verdienen - eine sechsprozentige Teuerungszulage. - Die Lebensmittelpreise sind seit dem Einmarsch der deutschen Truppen um 30% gestiegen.

Lohndruck - gleich für welche Rasse

(ITF) Die sudetendeutschen Nazis hatten gehofft, dass Hitler sie besser behandeln würde als die Tschechen. Aber sie haben erleben müssen, dass sie an der Nase herumgeführt wurden und jetzt wird ihnen nochmals bestätigt, dass sie alle Hoffnung fahren lassen können, dass sie genau wie die tschechischen Arbeiter, schlechter als reichsdeutsche Arbeiter entlohnt werden sollen. Während der verantwortliche Ministerialrat des deutschen Reichsprotektors in Prag im Organ des Protectors den Tschechen erklärt, dass es Ziel der deutschen Lohnpolitik ist, die tschechischen Löhne "mit einem entsprechenden Gefälle an die Löhne der dem Protektorat benachbarten Wirtschaftsgebiete anzugleichen", so sagt der Naziführer Hans Krebs den Sudetendeutschen, dass "die breite Masse der Bevölkerung Opfer bringen muss und eine Verbesserung der Löhne in wirklich ausreichendem Masse nicht möglich ist".

Ob Tscheche oder Deutscher - die Löhne drücken die Nazis auf jeden Fall. (Für die Red.: "Böhmen und Mähren", Dezemberheft 1940; Krebs: Rede in Warnsdorf, "Neuer Tag", 20.XII.40.)

Slowakische Arbeiter in Deutschland betrogen

(ITF) Viele der aus der Slowakei nach Deutschland transportierten Arbeiter verstehen kein Wort Deutsch. In trauriger Gemeinschaft nutzen die deutschen Edelgermanen und slowakische Nazis das aus und betrügen die slowakischen Arbeiter um den schwer verdienten Lohn. "Wir wissen, dass Ihr Schwierigkeiten habt, vor allem, weil Ihr keine Führer habt, die Deutsch verstehen und Euch das Euch rechtmässig zustehende sichern könnten", gab der slowakische Innenminister bei der Ab-

fahrt eines Arbeiterzuges zu. "Wir wissen auch, dass gewisse Leute, die vorgeben, Euch helfen zu wollen, davon profitieren, finanziell und auf andere Weise..."

Bulgarische Arbeiter, die nach Deutschland gingen, haben ähnliche Erfahrungen gemacht. Die bulgarische Regierung musste einen besonderen Rechtsschutz für bulgarische Arbeiter in Deutschland einrichten.

Ausbeutung von Kriegsgefangenen ist ein gutes Geschäft

(ITF) In Deutschland erhalten Kriegsgefangene stets niedrigere Löhne als deutsche Arbeiter, die die gleiche Arbeit leisten. In den Geschäftsberichten einiger Unternehmen kann man lesen, wie gewinnbringend die Ausbeutung von Kriegsgefangenen für die deutschen Unternehmer ist. Die grosse mitteldeutsche Zuckerfabrik Rabbetge und Giesecke z.B. verarbeitete 1939 20% mehr Rüben als 1938. Sie hatte aber trotzdem weniger Löhne zu zahlen. "Die Tagesverarbeitung war infolge der geringeren Leistung der als Ersatz für die eingezogenen Stammarbeiter eingesetzten Kriegsgefangenen niedriger". Die Löhne, die den Kriegsgefangenen gezahlt wurden, waren aber noch niedriger als der Mindestleistung entsprach. Bei 20% höherer Produktion hatte das Unternehmen daher 1 1/2% weniger Lohn zu zahlen.

(Für die Red.: "Kölnische Zeitung", 3.XII.40.)

Berlin gründet sein Internationales Arbeitsamt

(ITF) Als internationale Propaganda-Zentrale gegen die Gewerkschaften hatten die Deutsche Arbeitsfront und die italienischen Faschisten 1936 ein "Internationales Zentral-

büro Freude und Arbeit" gegründet. Sitz des Büros wurde Berlin und der Präsident der Organisation wurde "auf Lebenszeit" Dr. Ley. Das Büro gab vor, eine Art Beratungsstelle für Freizeitorganisationen zu sein und in verschiedenen Ländern sicherte es sich die Hilfe entsprechender faschistischer Vereine. Die angeschlossenen Organisationen erhielten antigewerkschaftliches Propagandamaterial und einige dieser Gruppen arbeiteten gleichzeitig für den deutschen militärischen Geheimdienst. Dem Leiter der holländischen Gruppe des "Internationalen Zentralbüros" war Berlin für seine Mitarbeit in Hitlers fünfter Kolonne so dankbar, dass es ihn zum Kommissar über die freien Gewerkschaften einsetzte.

Eine Reihe ahnungsloser Professoren und Ministerialbeamter glaubte an den so dick aufgetragenen uneigennütigen Idealismus des "Zentralbüros". Die internationalen Gewerkschaftsinstanzen hatten wiederholt den wahren Charakter des "Zentralbüros" gekennzeichnet, doch die Ahnungslosen pflegten zu erklären, dass Volkstänze und gymnastische Uebungen unpolitisch und harmlos seien. Die als Konkurrenz zur "Internationalen Rundschau der Arbeit" des Internationalen Arbeitsamts herausgegebene Zeitschrift "Das Neue Protokoll" kannten sie meist nicht.

Heute glaubt Berlin, dass die Welt nach seiner Pfeife tanzen muss. Das "Zentralbüro" beschäftigt sich daher jetzt offen damit, Vorarbeiten für das Herabdrücken des Lebensstandards der Arbeiter Europas auf das von Berlin für jedes Land festgesetzte Niveau auszuarbeiten. Dr. Ley hat daher - übrigens ohne Befragung auch nur der italienischen Mitgliedsorganisation des "Zentralbüros" - auch den Namen des Büros geändert. "Der Angriff", die Tageszeitung der Arbeitsfront, berichtete es: "Infolge der veränderten Verhältnisse auf dem Gebiet der internationalen Sozialpolitik ergeben sich für das "Internationale Zentralbüro Freude und Arbeit" erweiterte Aufgaben. Reichsorganisationsleiter Dr. Ley hat dieses Büro nunmehr in das "Zentralamt für Internationale Sozialgestaltung" unbenannt und als Generalsekretär Paul Corbach eingesetzt".

Auf die Tarnung der Tätigkeit des "Zentralbüros mit Volkstänzen wird verzichtet.

(Für die Red.: "Angriff", 2.I.41.)

1001 "hoffnungslose Fälle" antifaschistischer Agitation

(ITF) Der römische Rundfunk beschrieb am 24. Januar erfreulich offen die Propagandamethoden der antifaschistischen italienischen Opposition. Der Sprecher bespöttelte

erst die Ohnmacht britischer Agenten, aber erklärte dann: "Gefährlicher sind vielleicht diejenigen., die sich selbst höflich Defaitisten nennen - jene Italiener, die sich einbilden, ausgezeichnete Staatsbürger zu sein und die, wenn man sie so beurteilt, wie sie beurteilt werden wollen, glühende Patrioten sind, die bei der blossen Idee, dass Italien den Krieg verlieren könnte, schwitzen und zittern, die aber inzwischen - sei es durch Schwatzsuche oder den närrischen Ehrgeiz gut informiert zu erscheinen oder wegen angeborenem Pessimismus - oder schliesslich aus purer Bos-

heit überall Niedergeschlagenheit und Furcht verbreiten.

Sie kommentieren Kriegsberichte mit tiefen Seufzern und bedeutsamen Kopfschütteln. Kurz: auf 1001 Wegen deuten sie an, dass es schief geht und noch schlimmer werden kann und dass keine Hoffnung auf Rettung besteht".

(Für die Red.: Radio Rom, 24.I.41., 19,20 Uhr britische Sommerzeit.)

Nazi-Hass-Propaganda versagt

(ITF) Seit Kriegsbeginn versucht das Berliner Propagandaministerium in Deutschland eine Hassstimmung gegen England zu züchten. Seitdem die Vereinigten Staaten das Rüstungsarsenal Englands wurden, wird auch gegen Amerikaner gehetzt. Bisher verfehlte die Hasspropaganda ihre Wirkung. Während es 1914-18, im Kriege des Kaisers, in Deutschland gefährlich war, auf den Strassen Englisch zu sprechen, kann man jetzt z.B. in der Berliner Untergrundbahn unbehelligt Englisch reden. So berichtet der Vertreter der "New York Broadcasting Corporation" unter Kontrolle des deutschen Zensors aus Berlin: "Da jetzt Autobusse in Deutschland so selten sind wie Eier, benutzt jedermann die Untergrundbahn... Ich bin durch ganz Berlin gefahren und habe so laut wie üblich Englisch gesprochen und niemand hat sich darum gekümmert. Manchmal wird ein blonder Nazi seine Zeitung senken und für einen Moment hinsehen, aber das ist alles. Ich bin nie im geringsten belästigt worden, und ich habe auch von meinen Freunden nicht gehört, dass sie belästigt wurden. So ist es in ganz Berlin".

(Für die Red.: Sendung vom 23.I.41.)

Wieder ein polnischer Gewerkschafter ermordet

(ITF) Die Nazis haben in Krakau den polnischen Gewerkschafter Józef Janta ermordet. Janta war im Bezirk Oberschlesien Sekretär des polnischen Zentralverbandes der Bergarbeiter. Er war gebürtiger Oberschlesier. Als junger Bursche hatte er in verschiedenen Kohlengruben seiner Heimat gearbeitet, dann wählten ihn die Arbeiter Oberschlesiens zum Bezirkssekretär der Bergarbeitergewerkschaft und zum Sekretär der Polnischen Sozialistischen Partei. Später war er Jahre hindurch Redakteur der Verbandszeitung der polnischen Bergarbeiter. Noch kurz vor dem Kriege war er Delegierter der polnischen Arbeiter auf dem Internationalen Bergarbeiter-Kongress in Luxemburg.

Als polnischer Gewerkschafter kämpfte Janta um den Aufstieg der polnischen Arbeiter gegen die polnische Reaktion und nach 1933 zusammen mit den deutschen Sozialisten Oberschlesiens gegen die "volksdeutschen" Agenten Hitlers. Als deutsche Truppen in Oberschlesien einfielen ging Janta nach Krakau. Dort verhaftete ihn die Nazi-Polizei ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn. Mit vielen andern polnischen Arbeitern wurde er von den Nazis ermordet.

Jugend unterm Hakenkreuz

Wir haben am 21. September 1940 über den Misserfolg des "Landdienstes der Hitlerjugend" berichtet. Der Widerstand gegen das "Hauswirtschaftliche Pflichtjahr" ist nicht geringer.

Widerstand gegen Nazi-Pflichtjahr

(ITF) Alle deutschen Mädchen, die vor ihrem 25. Geburtstag als Arbeiterinnen oder Angestellte ihr Brot verdienen müssen, erhalten nur dann vom Nazi-Arbeitsamt die Erlaubnis zum Arbeitsantritt, wenn sie eine mindestens einjährige Tätigkeit in der Land- oder Hauswirtschaft nachweisen können. Mädchen, die von Vaters Geld leben, werden nicht zum Pflichtjahr einberufen.

In Arbeiterkreisen ist diese Ausnahmebestimmung gegen Arbeitermädchen verhasst. Von den zum Pflichtjahr verschickten Mädchen werden "Briefe an die Eltern geschrieben, in denen über schlechte Unterbringung, ungenügende und ungenießbare Kost oder zu schwere Arbeitsbeanspruchung bitterste Klage geführt wird", sagt das Arbeitsamt der westdeutschen Grosstadt Duisburg in einem vom Berliner Arbeitsministerium als besonders beachtlich bezeichneten Ueberblick über 3 Jahre Pflichtjahr. Die Nazibehörden versuchen, den Mädchen eine Flucht aus der Pflichtjahrstelle dadurch zu erschweren, dass sie von den Eltern eines vorzeitig zurückgekehrten Mädchens die Bezahlung der "gesamten durch den Pflichtjahreinsatz dem Arbeitsamt entstandenen Kosten" verlangen, die von Arbeitereltern fast nie aufgebracht werden können. Die Pflichtmonate, die an der aufgegebenen Arbeitsstelle geleistet wurden, werden nicht angerechnet und müssen in einer andern Arbeitsstelle nachgearbeitet werden.

Den Mädchen wird zwar immer wieder von der in ihnen noch vielfach von grosselterlicher Seite her schlummernden Verbindung zur Scholle vorgefalselt, doch von den Mädchen, die aus dieser westdeutschen Grosstadt zum Pflichtjahr verschickt wurden, blieben trotz dieser schönen Reden nur

durchschnittlich 8 bis 10% endgültig in der Landwirtschaft oder im ländlichen Haushalt; die meisten wohl im ländlichen Geschäftshaushalt, bei einem Lehrer, Arzt, Apotheker oder Beamten.

"Die meisten Eltern stehen allein dem Pflichtjahrgedanken und noch viel mehr einer dauernden Festsetzung ihrer Kinder auf dem Lande ablehnend gegenüber", berichtet das Nazi-Arbeitsamt. "Trotz der von Reichs- und (Nazi-)Parteidiensstellen in den Jahren seit der Machtübernahme starken, guten, immer wiederkehrenden Aufklärung" wollen sie vom Pflichtjahr nichts wissen. Auch die Lehrerschaft gäbe sich nicht zur Werbung für das Pflichtjahr her.

Da der Widerstand der Arbeitereltern gegen die Verschickung ihrer Töchter nicht nachliess, hatte der Arbeitsminister nach dem Fall Warschau "in der Erwartung, dass die Hereinnahme volkspolnischer Wanderarbeiter und Gesindekräfte die Arbeitseinsatz-Lage in der Landwirtschaft entspannen würde, zugelassen, städtischen Jugendlichen auf Wunsch die Zustimmung zur Ableistung des Pflichtjahres in städtischen Haushaltungen zu erteilen. Im Hinblick auf das geringe bisherige Ergebnis der Anwerbeaktion in den ehemals polnischen Gebieten lässt sich diese Erleichterung nicht aufrechterhalten."

Gewisse Vorkommnisse verstärken den Widerstand gegen das Pflichtjahr. Manche Mädchen hatten mit den Hausfrauen, bei denen sie arbeiteten, vereinbart, dass sie einmal in der Woche an einem Ausbildungskurs in Kurzschrift und Maschinenschreiben teilnehmen könnten. Das Jahr war damit für ihre Berufsausbildung nicht ganz verloren. Das Nazi-Arbeitsministerium aber hat den Mädchen den Besuch derartiger Kurse mit der Begründung verboten, dass "hierdurch die Mädchen an ihrem vollen Einsatz im Pflichtjahr gehindert werden".

Eltern, die fürchten, dass ihre Töchter in den Pflichtjahrstellen unter den Auswirkungen der bevölkerungspolitischen Nazi-propaganda zu leiden hätten, haben die Arbeitsämter stets beruhigend erklärt, das wäre nur Greuelpropaganda. Aber das Reichsgericht hat den Eltern jetzt bestätigen müssen, dass sie Grund zur Sorge haben. Er hat in einer Entscheidung die Gerichte ausdrücklich angewiesen, Arbeitgeber, die sich an Pflichtjahrmädchen vergreifen, schwerer zu bestrafen.

Durch das "Hauswirtschaftliche Pflichtjahr" ist Hausarbeit in Deutschland noch mehr zu unfreier Arbeit gestempelt worden. Die Flucht aus den hauswirtschaftlichen Berufen hat zugenommen.

Die deutschen Behörden im polnischen "Generalgouvernement", in Holland und Norwegen sind deshalb angewiesen worden, mit den üblichen Mitteln Hauspersonal für das Reich anzuwerben.

(Für die Red.: "Soziales Deutschland", 25.VII.40 - Erlass des Arbeitsministeriums vom 29.V.40.; Reichsgerichtsentscheidung, Verbot des Kursbesuchs: "Münchner Neueste Nachrichten", 22.X. bzw. 7.XII.40. Polnische Hausangestellte siehe "Faschismus" 14.XII.40.)

Konzentrationslager für 14jährige!

(ITF) Alle Zehnjährigen müssen in Deutschland der staatlichen Jugendorganisation "Hitlerjugend" beitreten. Acht Jahre müssen sie in der Zwangsorganisation Dienst tun. Die Nazi-Leitung versucht, schon in den ersten vier Jahren die Kinder mit Propaganda und Prügeln zu gefügigen Werkzeugen der Diktatur zu erziehen, sodass sie beim Eintritt ins Erwerbsleben als Stützen des Systems gebraucht werden können.

Die "Hitlerjugend"-Erziehung hat ihren Bankrott erklären müssen. Es hat sich gezeigt, dass das Erleben der vielgerühmten Volksgemeinschaft im Betrieb viele Jugendliche ernüchtert. Im zweiten Kriegsjahr sah sich die Nazi-Diktatur gezwungen, neue barbarische Strafen für aufsässige Jugendliche einzuführen: Jugenddienstarrest, Jugendarrest und besondere Konzentrationslager für Jugendliche.

Zunächst wurde den kleinen Feldwebeln der Hitlerjugend das Recht gegeben, 14-18jährige Jungen, die sich ihren Anweisungen nicht fügen, bei Wasser und Brot einsperren zu lassen. Die kleinen Hitlerjugend-Bonzen, oft 19-20jährige Gernegroße, verurteilen die Sünder. Auf ihren Befehl führt die Polizei die Verurteilten ab und sperrt sie ein.

Dieser "Jugenddienstarrest" muss "in einem geeigneten Dienstzimmer der Polizei" in Uniform abgesessen werden, als Wochenendarrest von Samstagmittag bis Sonntagabend. Wenn auch dreimalige Wiederholung dieses nationalsozialistischen Wochenends nichts hilft, wird der Widerspenstige vom Hitlerjugendführer 3 bis 8 Tage hintereinander eingesperrt. Beim nationalsozialistischen Wochenende gibt es nur Wasser und Brot, nur bei Dauerarrest sind "aus gesundheitlichen Gründen" warme Mahlzeiten gestattet.

Mit Jugenddienstarrest werden in erster Linie "Dienstvergehen" bestraft.

Man kann sich ausserhalb Deutschlands nur schwer ein Bild von dem machen, was die Nazis einem Kind als "Dienstvergehen" anrechnen. "Das Jungvolk-Jahrbuch" zählt einige der "Dienstpflichten" auf: "Als Jungvolkjunge hast Du die Pflicht, SA-Männer, SS-Männer usw., wenn sie sich in Uniform befinden, zu grüssen. Es nützt nichts, wenn Du interessiert auf die andere Seite siehst oder in ein Schaufenster stierst. Der andere merkt bestimmt, dass Du dem Gruss ausweichen willst". Im "Jungvolk" sind die 10-14jährigen zusammengefasst. Drückt ein 14jähriger sich ständig vor dem unaufhörlichen Grüssen, so kann er jetzt bei Wasser und Brot eingesperrt werden.

Aber, betont der Herr "Hitlerjugend-Gebietsführer" Luer: Jugenddienst-arrest "kann auch bei groben Verstössen ausserhalb des Hitlerjugend-Dienstes verhängt werden, z.B. wenn die Hitlerjugend oder ihre Führer im Kreise der Arbeitskameraden (!) verunglimpft oder sonstige Handlungen begangen werden, die eines Hitler-Jungen unwürdig sind" ("Kölnische Zeitung").

Nur mit Jugendlichen, die auf die Zwangsorganisation pfeifen und sich hartnäckig vom Dienst drücken, gibt sich der Herr Hitlerjugend-Führer nicht ab. Die denunziert er einfach bei der Polizei. "In derartigen Fällen kommt die polizeiliche Zwangshaft zur Erzwingung der Jugenddienstpflicht in Frage..."

Die Nazi-Diktatur glaubt allerdings nicht, dass der "Jugenddienst-arrest" die Autorität der Hitlerjugend-Führer genügend festigen wird. Sie hat deshalb als weitere Massnahme gegen Jugendliche noch den "Jugendarrest" eingeführt, zu dem Richter unbotmässige Jugendliche verurteilen können. Jugendarrest ist nicht etwa eine mildere, erzieherische Haftstrafe. Im Gegenteil: Jugendarrest "hebt sich durch grössere Strenge und Schärfe von dem Gefängnisstrafvollzug ab" ("Kölnische Zeitung"). "Die Schockwirkung des Jugendarrests muss im Vollzuge etwa durch strenge Tage bei Wasser und Brot und hartem Lager zum Ausdruck kommen", er wird "schon um der erstrebten Schockwirkung willen als Einzelhaft gestaltet".

Der Richter kann Jugendarrest "als Wochenendkarzer bis zu 4 Wochenenden und als einwöchigen bis einmonatigen Jugendarrest verhängen" - 4 Wochen Einzelhaft bei Wasser und Brot und hartem Lager!

Diese barbarische Strafe ist in erster Linie für Jungarbeiter bestimmt, schreibt "Das junge Deutschland", das offizielle Organ der "Reichsjugendführung" ganz offen. Denn "Ziel der (Jugendarrest-)Anordnung ist die Aufrechterhaltung der Arbeitsleistung. Soweit Gehorsamsverweigerungen Jugendlicher zu einer Beeinträchtigung der Arbeitsleistung führen, erfüllen sie den Tatbestand". - 4 Wochen Einzelhaft bei Wasser und Brot und hartem Lager bedroht jeden deutschen Jungarbeiter, der sich gegen Antreiberei und Ausbeutung wehrt!

Am 4. Oktober 1940 wurde den Nazi-Richtern das Recht gegeben, Jungarbeiter zu hartem Jugendarrest zu verurteilen. Drei Monate später mussten die Behörden bereits angewiesen werden, Jugendarrestzellen "in jedem (!) Amtsgerichtsgebäude" einzurichten!

Selbst diese Strafen scheinen der Nazi-Diktatur noch nicht auszureichen. Es hat jetzt noch besondere Konzentrationslager für Jugendliche eingerichtet. In Moringen (bei Göttingen) ist bereits ein Konzentrationslager für 400 Jugendliche eröffnet worden.

(Für die Red.: Jungvolkjahrbuch 1937; Jugenddienst-arrest: Deutsche Presse, Oktober, November 1940; Luer: "Kölnische Zeitung", 3.XI.40.; Jugendarrest: "Kölnische Zeitung", 7. und 3.XI.40., "Das junge Deutschland", Anfang Dezember; "Deutsche Justiz", Anfang Januar; Konzentrationslager u.a. "Münchener Neueste Nachrichten", 17.XI.40.)

Ley-Statistik - einmal ernst genommen

(ITF) Dr. Ley hat in einer Versammlung in Berlin versichert, dass die "Produktionskraft" des Volkswagenwerks auf 3 Millionen Stück pro Jahr gesteigert werden solle. Als man in München den Text der Rede las, war man über den Ley enttäuscht und machte aus dem Prahlen mit der Produktionsmöglichkeit sofort einen Produktionsplan. "Drei Millionen Volkswagen im Jahr", überschrieb man den Bericht über die Ley-Rede. Vier Wochen hat man dann in München gewartet und als Dr. Ley dann noch immer seine Prahlerei nicht übertrumpfen wollte, setzte sich ein ausgeruhtes Köpfchen der Redaktion der "Münchener Neuesten Nachrichten" hin und berechnete mit viehischem Ernst: Wenn jährlich drei Millionen Autos produziert werden, müssen an jedem der dreihundert jährlichen Arbeitstage 10.000 Auto das Werk verlassen.

Nach fünf Jahren gäbe es dann 15 Millionen Volkswagen. Und 15 Millionen Autos brauchen viel Treibstoff: "Der nach fünf Jahren allein durch den Volkswagen bedingte jährliche Benzinverbrauch beträgt bei nurgleicherzeitiger Produktion und 10.000 Fahrkilometern pro Jahr und Wagen 10,5 Milliarden Liter. Diese Menge entspricht mit rund 25 Millionen Tonnen Rohöl

3. Februar 1941

Am Radio abgehört

haben wir u.a.:

Europa klagt an - B.B.C.
Unter Nazi-Zensur - B.B.C.

EUROPA KLAGT AN

(ITF) Die B.B.C. liess in ihrer deutschen Sendung in einer Vortragsreihe Vertreter der vom Hakenkreuz unterdrückten Völker sprechen. Abschliessend sprach R.H.S. Crossman:

Redner aus den unterjochten Ländern Europas beschrieben die Leiden ihrer Landsleute und bezichtigten Deutschland der Schuld für diese Leiden. Europa ist der Ankläger, Deutschland sitzt auf der Anklagebank - und der Richter ist die Welt, die darauf besteht, dass kein Mensch und keine Gruppe von Menschen einen ganzen Kontinent in Ketten halten oder den menschlichen Geist durch Spitzel, durch Angeber oder durch Kerker zerbrechen kann. Ja, es ist der Gerichtshof der Weltgeschichte, vor dem Europa Deutschland anklagt.

Und wer spricht für Deutschland vor diesem Gerichtshof? Wer vertritt das deutsche Volk in der Stunde, da es mächtig zwar, aber ohne einen Freund in der Anklagebank steht? Betrachten Sie selbst die

Männer, die Sie in den besetzten Gebieten vertreten. Im Reichsprotectorat ein Frank, in Norwegen ein Terboven, in Polen ein anderer, noch sadistischerer Dr. Frank, in Rumänien der "Killer", Manfred von Killinger, in Frankreich die Schlange Abetz, in Holland Seyss-Inquart. Betrachten Sie diese Menschen einfach als menschliche Wesen und fragen Sie sich selbst: Wenn diese Männer von einer siegreichen Militärmacht zu Herrschern über Sie bestimmt wären, um Ihnen Ihre Freiheit zu entreissen, um Sie zur Annahme einer neuen europäischen Ordnung zu zwingen - wenn Ihnen all das zustossen sollte, was würden Sie dann tun? Würden Sie sich willig solchen Menschen unterwerfen, oder würden Sie nicht eher sagen: Lieber den Tod um der Freiheit willen, als Unterwerfung unter einen Frank, einen Seyss-Inquart, einen Killinger? Diese Männer - und das wissen Sie genau so gut wie ich - sind nichts als Verbrecher und Abenteurer. Und da sie dazu erwählt worden sind, über die besetzten Gebiete zu herrschen, so hält das Regime, das diese Männer einsetzte, offenbar Verbrecher und Abenteurer hierfür als geeignet. Wenn Sie ein Pole oder ein Tscheche, ein Norweger oder ein Holländer wären, würden Sie eine neue europäische Ordnung anerkennen, die von solchen Männern repräsentiert wird?

Ich frage Sie: würden Sie sich damit zufriedengeben? Aber in Wirklichkeit geben Sie sich ja bereits mit der Herrschaft der Männer zufrieden, die einen Killinger, einen Seyss-Inquart, einen Frank zu ihren Vertretern ernannten, zu den Schöpfern der Raubordnung in Europa. Auch Sie, meine deutschen Hörer, auch Sie sind Bewohner eines besetzten Gebietes - wie es erst vergangene Woche ein deutscher Redner Ihnen vorhielt. Sie leben ja schon seit Jahren unter einer Tyrannei, die Ihren Nachbarn jetzt erst aufgezwungen wird. Europa klagt an. Bei dieser Anklage wurde auch die Stimme Deutschlands vernommen, und das ist gut. Denn die Anklage richtet sich nicht in erster Linie gegen das deutsche Volk, sondern gegen das Regime, das vom deutschen Volk seit 1933 erduldet wurde und das sich jetzt fast über Europa erstreckt. Nicht als Menschen hasst man den deutschen Soldaten vom Nordkap bis zu den Pyrenäen, von Finistere bis zur russischen Grenze, sondern als den Träger des Hakenkreuzes, des Zeichens der Barbarei. Deutsche Hörer: es ist schwer für uns freiheitsliebende Engländer und noch viel schwerer für die unterjochten Völker Europas, immer an den Unterschied zu denken zwischen dem deutschen Soldaten als Mensch und als Träger des Hakenkreuzes. Wenn Bomben auf unsere Städte abgeworfen werden, wenn unsere Frauen und Kinder verstümmelt werden, dann wird unser Hass erweckt, und der Unterschied zwischen dem Menschen und dem Träger des Hakenkreuzes kann leicht in Vergessenheit geraten. Im Fieber des Krieges wird Europa anklagen und nicht nur die Führer des Dritten Reiches beschuldigen, sondern auch das gesamte deutsche Volk. Sie und ich, wir wissen, wie falsch das ist. Wir wissen, welch ein Abgrund klafft zwischen den Führern des Dritten Reiches und Ihnen. Sie wissen das noch besser als ich, denn Sie erleben es Tag für Tag; und im Innersten Ihres Herzens empfinden Sie ein Gefühl der Schande und der Schuld, dass es die Killinger, die Seyss-Inquart, die Frank sind, die jetzt behaupten, Vertreter des deutschen Volkes zu sein. Wir wissen, Sie und ich, dass Deutschland seine Stimme nicht frei bei der Anklage Europas mit erheben kann, weil die Stimme Deutschlands abgewürgt und erstickt ist.

Wenn wir aber ein neues, freies, geeintes Europa aufbauen werden, dann muss auch einmal der Tag kommen, da nicht nur Deutschlands Stimme diese Anklage miterhebt, sondern da Deutschland auch seine Macht dafür einset-

zen wird, seine Bande zu brechen und die Männer vor das Tribunal der Weltgeschichte zu schleppen, die den Namen Deutschlands beschmutzt und ihn in der alten und der neuen Welt zu einem Wort der Schmach gemacht haben. Europa kann nicht frei sein, solange Deutschland in Ketten liegt, und Deutschland kann nicht frei sein, solange Europa unterjocht ist. Schon finden sich in den besetzten Ländern mutige Männer, die Listen anlegen sowohl von den Deutschen als auch von denjenigen ihrer eigenen Landsleute, die vor diesem furchtbaren Tribunal zur Verantwortung gezogen werden; schon wird in Deutschland selbst die Schwarze Liste der 10.000 im Geheimen aufgestellt. Wir in Grossbritannien warnen nur: wenn der Tag der Vergeltung kommt, lasst es nicht wieder zu einer halben Vergeltung werden, wie im Jahre 1918; lasst keinen anderen das Werk der Vergeltung für Euch durchführen; lasst das deutsche Volk selbst an seinen eigenen Verbrechern die Strafe vollziehen, die sie verdient haben.

Unter Nazi-Zensur

(ITF) Der tschechoslowakische Gewerkschafter B. Lausman sprach in der tschechoslowakischen Sendung des Londoner Rundfunks über seine Erfahrungen als Redakteur der tschechischen Arbeiterzeitung "Národní Práce" (Nationale Arbeit) unter der Naziherrschaft:

In wenigen Tagen wird Euer Zentralorgan den zweiten Jahrestag seiner Gründung feiern. Es ist eine junge Zeitung, vielleicht die jüngste Tageszeitung der tschechischen Presse. Wir gründeten sie unmittelbar nach dem Münchner Schiedsspruch, der das Schicksal der Republik Masaryks besiegelte. Wir begannen mit der Herausgabe in Háchas Republik, um in ihr die Interessen der Arbeiterklasse und den Rest der Demokratie zu verteidigen. Nach der Auflösung der Arbeiterpartei, als (der Nazi) Hermann Frank in unserm Land die Macht übernahm, trat ich der Redaktion bei. Doch ich blieb dort nicht lang, vor mehr als einem Jahr schied ich wieder aus.

In den Monaten, in denen ich als stellvertretender Chefredakteur der Morgenausgabe arbeitete, konnte ich aus der Nähe sehen, wie Arbeiterzeitungen unter Nazi-Unterdrückung arbeiten.

Damals übernahm das Tchechische Telegraphenbüro (Č.T.K.), das dem deutschen Nachrichtendienst angeschlossen wurde, unsere Arbeit. Aber, was es damals herausgab, war nichts als sklavische Uebersetzung von Naziarbeiten, während das Pressebüro (des Nazi-Pressechefs) von Gregorys festlegte, auf welcher Seite, mit welchem Verfassernamen, in welcher Spaltenlänge und unter welcher Ueberschrift jeder Artikel zu erscheinen hatte. Gregorys Methoden waren grässlich. Ich entsinne mich, wie er einmal die Redakteure der vier Tageszeitungen zu sich bestellte und von ihnen verlangte, Beneš zu beschimpfen. Jeder Zeitung wurde ein besonderer Schimpfartikel diktiert, sodass jeder Artikel den Eindruck einer Originalarbeit erweckte. Eine Zeitung weigerte sich jedoch, Beneš einen Verbrecher zu nennen und den Lesern die lächerliche Geschichte von den gestohlenen Silberlöffeln zu erzählen, die er in London verkaufte. Die Zeitung wurde gezwungen, einen andern Artikel gegen Beneš zu veröffentlichen und musste eine Geldstrafe bezahlen.

Ganze Nächte grübelte ich darüber nach, wie ich unsern Lesern etwas bieten könnte. Niemals konnten wir wagen, offen über politische Fragen zu schreiben, denn das galt als Verbrechen. In kulturellen Fragen waren wir gebunden. Selbst Exemplare des (tschechischen Volks-) Romans "Grossmutter" von Božena Němcová wurden beschlagnahmt. Alles wurde damals beschlagnahmt, was den Lesern moralischen Rückhalt geben konnte. Nur dann konnten wir über sozialpolitische Fragen schreiben, wenn wir etwas sagen konnten, was sich mit dem Programm der Nazidemagogen vertrug.

In Eurer eigenen Zeitung setzen die Nazis Euch Lügen vor.

Fortsetzung von S. 25.

der Gesamterzeugung von Rumänien, Persien, und Mexiko oder der Jahresproduktion der UdSSR im Jahre 1935".- Und der Volkswagen ist "von den nach siegreich beendeten Kriege uns erwartenden Friedensaufgaben... nur ein Teilprogramm", schliesst der tapfere Statistiker der "Münchner Neuesten Nachrichten" erschöpft seine Bewechnungen,

Ob der Statistiker inzwischen ins Irrenhaus gesperrt wurde, weil er den Ley ernst genommen hat, oder ins Konzentrationslager, weil er Ley kritisch karikierte, haben wie noch nicht in Erfahrung bringen können. Wir wissen nur, dass noch kein einziger Deutscher, der einen Volkswagen bestellte, bisher einen erhalten hat.

(Für die Red.: "Münchner Neueste Nachrichten", 6.XII.40. und 3.I.41.)